

Linke jubeln über «historisches Resultat»

Aargau stimmt 13. AHV-Rente zu: Nationalrätin Irène Kälin fordert Ausbau des Sozialstaats, die Wirtschaft lehnt das ab.



Freuen sich über das klare Aargauer Ja zur AHV-Initiative: Silvia Dell'Aquila, Präsidentin des Aargauischen Gewerkschaftsbundes, und Irène Kälin, Präsidentin Arbeit Aargau. Archivbild: Sandra Ardizzone

Philipp Zimmermann

Es ist ein klares Zeichen für die erste Säule: Das Schweizervolk hat am Sonntag die 13. AHV-Rente mit 58,2 Prozent, der Aargau mit 52,6 Prozent Ja-Stimmen deutlich angenommen. «Ich bin hochofret über dieses historische Resultat», sagt Silvia Dell'Aquila, die Präsidentin des Aargauischen Gewerkschaftsbundes, mit einem Lachen. «Ich war sehr optimistisch. Wir haben einen gewissen Drive im Abstimmungskampf gespürt.»

Bemerkenswert sei auch die Tatsache, dass Aargauer Gemeinden, in denen viele Arbeitende wohnen, deutlich Ja gestimmt haben, etwa Spreitenbach, Neuenhof, Menziken oder Reinach. Das zeige, dass das Anliegen dort auf einen besonders fruchtbaren Boden gefallen ist.

Die Volksinitiative liess offen, wie die 13. AHV-Rente konkret finanziert werden soll. «Ich bin überzeugt, dass wir eine verträgliche Lösung finden, die der

Wirtschaft nicht schaden wird», sagt Dell'Aquila (SP), die auch dem Aarau Stadtrat angehört. Sie verweist darauf, dass die Sozialabgaben auf Löhne in der Schweiz in den letzten Jahren gesunken sind. «Hier haben wir im europaweiten Vergleich tiefe Abgaben.»

Kälin hofft, dass der Entscheid ein Weckruf ist

Gute Laune versprüht auch Irène Kälin, Nationalrätin (Grüne) und Präsidentin

des Arbeitnehmenden-Dachverbandes Arbeit Aargau. «Das klare Ja zeigt, dass einige Parteien über die Menschen mit ihren Sorgen und wenig Geld im Portemonnaie hinwegpolitisiert haben, auch im Aargau», stellt sie als Erstes fest. Zu den Sorgen zählt sie explizit die Teuerung und die steigenden Krankenkassenprämien, welche Einkommen schmälert haben. Deshalb sei es auch logisch, dass jene Gemeinden mit einem grösseren Anteil an normalverdienenden und ärmeren Menschen in der Bevölkerung deutlich Ja gestimmt haben, während reichere Städte mit einem Nein votierten.

Für ein Ja haben einzig SP und Grüne, Gewerkschaften und soziale Organisationen gekämpft. Dass der bürgerliche Aargau, der bei Hochrechnungen als Swing-State galt, für die 13. AHV-Rente stimmt, komme insofern unerwartet. «Das Resultat ist historisch», sagt deshalb auch Kälin. «Es haben also viele Menschen Ja zur 13. AHV-Rente gesagt, die sonst anders wählen und abstimmen.» Insofern spricht Kälin von einer Genugtuung. «Ich hoffe, die anderen Parteien nehmen die Sorgen der Menschen nun endlich auch ernst. Denn dieses Mal waren wir die Einzigen, die für sie gekämpft haben.»

Kälin erwartet, dass die 13. Rente mit einer Erhöhung von Lohnprozenten finanziert werden kann. Und sie hofft, dass das Parlament in Bern, aber auch der Aargauer Grosse Rat den Entscheid des Volkes bei

den nächsten sozialpolitischen Entscheiden ernst nehme und als Weckruf auffasse.

Wirtschaftsverband spricht von gravierenden Folgen

Gross ist dagegen die Enttäuschung bei Beat Bechtold, dem Direktor der Aargauischen Industrie- und Handelskammer (AIHK). «Wir haben bis zuletzt gehofft, dass wir aufzeigen können, welche gravierenden Konsequenzen ein Ja haben wird», sagt er. Nebst dem strukturellen Problem, dass der Anteil der Rentner in der Bevölkerung steigt, kämen jetzt Zusatzkosten von fünf Milliarden Franken dazu. Die Aussicht, dass die 13. AHV-Rente mit höheren Lohnabzügen finanziert werden könnte, «macht uns als Wirtschaftsverband keine Freude», sagt er. «Auch eine höhere Mehrwertsteuer würde alles teurer machen.»

Die Gründe für das Ja sieht er in einer Gemengelage. Vier Punkte zählt er auf. Erstens Inflation, höhere Preise und Krankenkassenprämien. Zweitens dass der Staat bei der Credit Suisse bereit gewesen wäre, mit Milliarden einzuspringen. Drittens, dass er während der Coronapandemie Milliarden zur Verfügung stellte. Und viertens die Meinung, die er beim Flyerverteilen von Passanten gehört habe, dass der Staat für Flüchtlinge und Entwicklungshilfe viel Geld ausbebe. «Jetzt soll der Staat einmal den Einheimischen etwas zurückgeben – diese Ansicht habe ich immer wieder ge-

hört», sagt Bechtold.

Angesichts des deutlichen Ja ist er überzeugt: «Die Gewerkschaften kommen nun sicher mit weiteren Ideen, um den Sozialstaat auszubauen.» Einen Dammbrech für deren Anliegen erwarte er aber nicht. Dagegen würde die AIHK auch ankämpfen.

Renteninitiative: Enttäuschung bei Jungfreisinnigen

Noch klarer fällt das Aargauer Resultat bei der Renteninitiative der Jungfreisinnigen aus: 73,8 Prozent lehnten sie ab. «Diese Diskussion ist nun vom Tisch», sagt Silvia Dell'Aquila zum Vorschlag der Jungfreisinnigen, die AHV mit einer weiteren Erhöhung des Rentenalters zu finanzieren. «Man muss sich nun andere Konzepte überlegen.»

Der Jungfreisinnige Travis Schmidhauser sagt dagegen: «Wir sind sehr enttäuscht, dass das Resultat in unserem bürgerlichen Kanton so deutlich ausgefallen ist.» Der 19-Jährige aus Sarmenstorf hat viel Zeit und Energie in die Renteninitiative investiert, wurde als bester Unterschriftensammler im Aargau ausgezeichnet. Bei den Parteitagen von SVP, FDP, SP oder Juso machte er Werbung für die Initiative.

Wie geht es nun weiter? «Wir werden das Thema Rente weiterverfolgen und uns für Lösungen einsetzen, damit die Jungen in Zukunft auch eine Rente erhalten werden», kündigt Schmidhauser an. Trotz der Niederlage spricht er von einer

«wertvollen Erfahrung» Denn: Wir haben gesehen, was es alles braucht für eine nationale Kampagne.» Bei der kantonalen Blitzerinitiative befinden sich die Jungfreisinnigen im Schlusspurt. «Wir haben den Grossteil der Unterschriften zusammen», sagt Schmidhauser. Für die Aargauer Jungfreisinnigen kündigt sich somit der nächste Abstimmungskampf an.

«Wir sind sehr enttäuscht, dass das Resultat zur Renteninitiative im bürgerlichen Kanton Aargau so deutlich ausgefallen ist.»

«Wir haben bis zuletzt gehofft, dass wir die gravierenden Konsequenzen eines Ja aufzeigen können.»



Travis Schmidhauser
Jungfreisinniger



Beat Bechtold
AIHK

Klares Ja zu 13. AHV-Rente, wuchtiges Nein zu höherem Rentenalter

In Aarau und Baden machen wenige Stimmen den Unterschied – wo das Resultat am deutlichsten und am knappsten ausfiel.

Jürg Krebs

Der Kanton Aargau hat entschieden: 52,6 Prozent der Stimmberechtigten haben Ja gesagt zu einer 13. AHV-Rente. Das Resultat liegt deutlich unter dem Schweizer Durchschnitt von gut 58 Prozent. Eine Erhöhung des Rentenalters hingegen haben die Stimmberechtigten mit 73,8 Prozent (national fast 75 Prozent) abgelehnt. Die Stimmbeteiligung lag im Aargau bei beiden Vorlagen bei rund 57 Prozent.

121 von 197 Gemeinden stimmten einer Rentenerhöhung in Form einer 13. Auszahlung zu. In Spreitenbach waren knapp 69 Prozent der Abstimmenden für die zusätzliche AHV-Rente, der Höchstwert im Aargau. Es folgen Sisseln (67

Prozent), Mellikon (66 Prozent) und Neuenhof (65 Prozent). Die grösste Ablehnung erfuhr die Vorlage in Mandach: Nur gut 31 Prozent waren dort für eine zusätzliche Rente.

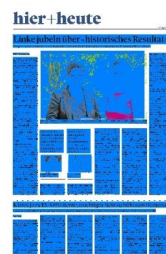
Die entscheidende Stimme in Holziken

In Holziken fiel der Strichkampf am knappsten aus: Eine Stimme entschied zugunsten einer 13. Rente. In der Tendenz gilt: Je wohlhabender die Einwohnerinnen und Einwohner einer Gemeinde, desto eher wurde die 13. Rente abgelehnt.

Äusserst knapp, aber auf unterschiedliche Weise sind die Ergebnisse in den beiden grössten Aargauer Gemeinden:

Baden sagt knapp Nein zur zusätzlichen Rente, und zwar mit 50,4 Prozent Nein-Stimmen. Der Kantonshauptort Aarau hingegen sagt mit 50,7 Prozent der Stimmen knapp Ja. In beiden Städten machten wenige Stimmen den Unterschied zwischen Ja und Nein aus. In Aarau waren es 122, in Baden deren 62.

Von den elf Bezirken lehnte nur gerade Muri eine Rentenerhöhung ab. Der Nein-Stimmenanteil beträgt knapp 55 Prozent. Geringe Zustimmung zur Rentenerhöhung kommt aus den Bezirken Aarau, Baden, Brugg und Lenzburg – in allen vier lag der Ja-Anteil nur etwas über 51 Prozent. Den höchsten Ja-Stimmen-Anteil liefert der Bezirk Rheinfelden mit fast 58 Prozent.



Rentenalter 65 reicht – Skepsis im Ausland

Das Rentenalter an die Lebenserwartung knüpfen und damit aktuell das Rentenalter erhöhen? So einstimmig urteilt der Aargau selten: Alle 197 Gemeinden wollten davon nichts wissen. Die geringste Ablehnung weist mit knapp 65 Prozent Oberwil-Lieli aus.

Insgesamt liegt der Nein-Stimmen-Anteil von elf Gemein-

den unter der Marke von 70 Prozent. Es sind weiter Mandach, Oberlunkhofen, Bergdietikon, Habsburg, Mönthal, Leibstadt, Oberrohrdorf, Riniken, Obersiggenthal und Erlinsbach.

Ein Nein-Stimmen-Anteil von über 80 Prozent kam in zwölf Gemeinden zustande: Abtwil, Mühlau, Beinwil, Reitnau, Schupfart, Bottenwil, Obermumpf, Uezwil, Besenbüren, Buttwil, Hendschiken und Oeschgen, wo mit über 84 Pro-

zent der grösste Nein-Anteil im Kanton verzeichnet wurde.

Die über zwölftausend Ausland-Aargauerinnen und -Aargauer standen den beiden Vorlagen skeptischer gegenüber als die heimische Bevölkerung. Nur gut 51 Prozent stimmten einer 13. AHV-Rente zu. Und auch einem höheren Rentenalter standen weniger Personen negativ gegenüber, weshalb das Nein mit 61 Prozent relativ moderat ausgefallen ist.